

16. Wahlperiode

**Vierzehnter Tätigkeitsbericht des Berliner Landesbeauftragten für
die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

Jahresbericht 2007

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

**Vierzehnter Tätigkeitsbericht
des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

Jahresbericht 2007

Berlin, im April 2008

1. Einleitung	S. 2
2. Die Bürgerberatung	S. 3
2.1. Beratung in Rehabilitierungsfragen	
2.2. Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden	
2.3. Informations- und Fortbildungsveranstaltungen	
3. Förderung von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen	S. 9
4. Politische Bildung	S. 16
5. Öffentlichkeitsarbeit	S. 22
6. Kooperationen, Informations- und Fortbildungsveranstaltungen	S. 24
7. Ausblick	S. 27

1. Einleitung

Nahezu zwanzig Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur ist der Stand ihrer Aufarbeitung widersprüchlich. Einerseits bleibt das Interesse an Geschichte und Folgen der SED-Diktatur unvermindert hoch, andererseits mehren sich die Zeichen, dass gerade die heranwachsende Generation immer weniger darüber weiß. Zudem treten frühere Funktionäre des Regimes entschlossen an die Öffentlichkeit, lassen jegliches Unrechtsbewusstsein vermissen und versuchen so, den diktatorischen Charakter der DDR zu relativieren. Dem muss entschieden entgegengetreten werden.

Als der Gesetzgeber im Jahr 1991 das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) verabschiedete, war keineswegs sicher, wie es sich in den kommenden Jahren auswirken und welche gesellschaftlichen Folgen es haben würde. Doch die Möglichkeit der Einsicht in die Akten des früheren Ministeriums für Staatsicherheit (MfS) hat sich insgesamt als Erfolgsgeschichte erwiesen. Im Jahr 2007 erreichte die Zahl der Anträge auf persönliche Akteneinsicht den höchsten Stand seit 2001: Mehr als 100.000 Anträge verzeichnete die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU). Dass auch das Interesse von Forschung und Medien ungebrochen bleibt, verdeutlicht die steigende Antragszahl aus diesem Bereich: Fast 1.400 Anträge wurden an die Behörde gestellt. Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (LStU) unterstützte die Arbeit der Bundesbeauftragten auch 2007 in vielfältiger Weise. Antragsteller auf Akteneinsicht wurden beratend begleitet, Forschungsprojekte zur Geschichte des MfS gefördert und zahlreiche Kooperationsprojekte realisiert.

Den Kern der Tätigkeit des Landesbeauftragten bildete 2007 wiederum die Beratung und Betreuung von Opfern der SED-Diktatur. Neben der finanziellen Förderung von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen kam der Landesbeauftragte unter anderem dem erhöhten Beratungsbedarf nach, der sich durch das Dritte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer politischer Verfolgung in der ehemaligen DDR (3. SED-UnBerG) ergab. Die darin erstmals festgeschriebene Opferrente ist grundsätzlich zu begrüßen, bedarf aber weiterer Ausdifferenzierung. Zudem verläuft die Bearbeitung der Anträge nur schleppend. Von den mehr als 8.400 Anträgen, die bis Februar 2008 bei den zuständigen Stellen eingereicht wur-

den, waren zum gleichen Zeitpunkt nur 2.846 abschließend bearbeitet. Der Landesbeauftragte regt hier dringend eine Verbesserung der Personalsituation in den entsprechenden Behörden an.

Die politische Bildung stellte 2007 einen wichtigen Tätigkeitsbereich des Landesbeauftragten dar. Dem kommt nicht nur deshalb besondere Bedeutung zu, weil die bereits erwähnten Führungskader der ehemaligen DDR immer offensiver an die Öffentlichkeit drängen, um das politische System des SED-Staates nachträglich zu rechtfertigen, sondern ganz allgemein das Wissen um dessen diktatorischen Charakter abnimmt. Gerade Berliner Schülerinnen und Schüler zeigen dahingehend markante Defizite. So kam eine Studie des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin zu einem ernüchternden Ergebnis: „Viele Schüler wissen nur wenig über die DDR und die deutsche Teilungsgeschichte, die in der Schule anscheinend nur am Rande behandelt wird und im Freundes- und Verwandtenkreis nicht gerade häufig Gesprächsthema ist. ... Die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur sind vielen Schülern nicht bekannt.“ Hier besteht dringender Handlungsbedarf, und der Landesbeauftragte hat 2007 mit zahlreichen Projekten und Veranstaltungen dazu beigetragen, dem gerecht zu werden.

2. Die Bürgerberatung

Auch im Berichtsjahr 2007 stellte die Bürgerberatung den Kernbereich der Arbeit des Landesbeauftragten dar; die Zahl der Anfragen blieb auf dem zahlenmäßig hohen Niveau der Vorjahre. Dabei wurden Probleme aus allen relevanten Bereichen an die Behörde herangetragen. Das Spektrum umfasste zum Beispiel Fragen zur Einsichtnahme in die Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, allgemeine Verfahrensfragen mit Bezug auf rechtliche Regelungen und konkrete Anliegen bezüglich der beruflichen oder verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung.

Den wichtigsten Schwerpunkt bildeten Bürgeranfragen zum 3. SED-UnBerG. Dabei waren zwei Phasen deutlich zu unterscheiden. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 29. August 2007 standen allgemeine Themen im Mittelpunkt des Interesses, so etwa nach den Zugangskriterien zur Opferrente, nach der zu erwartenden Höhe einer solchen Rente und den Zeiträumen des Gesetzgebungsverfahrens. Nach Inkrafttreten des Gesetzes rückten konkretere Probleme in den Fokus, so etwa die Einkom-

mensgrenzen bei Berufstätigen, die Anrechnung sonstiger Einkommen und die jeweilige Zuständigkeit der Ämter. In diesem Zusammenhang wurde auch deutlich, dass eine große Anzahl von Opfern der SED-Diktatur aus unterschiedlichen Gründen bisher noch keinen Antrag auf strafrechtliche Rehabilitation gestellt hat, die jetzt jedoch zwingende Voraussetzung für Leistungen nach dem 3. SED-UnBerG sind. Hier besteht weiterhin großer Handlungsbedarf.

Besonderes Unbehagen bereitete den ratsuchenden Bürgern der Umstand, dass ehemalige Mitarbeiter des MfS immer offensiver an die Öffentlichkeit treten und dort das von ihnen zu verantwortende Unrecht relativieren. Oftmals von früheren Führungskräften der Staatssicherheit gelenkt, nutzen die Täter Publikumsveranstaltungen, um ihre Tätigkeit in der DDR zu verteidigen und die Opfer zu verhöhnen. Insbesondere die Tagung im dänischen Odense, die im November 2007 durchgeführt wurde, sorgte für erhebliche wie verständliche Unruhe, denn hier wurde den MfS-Kadern nicht nur ein Podium geboten, sondern ihre Ausführungen zumeist auch unwidersprochen hingenommen.

Um derartigen Tendenzen aktiv zu begegnen, über das Wirken des Staatssicherheitsdienstes aufzuklären und zu Möglichkeiten der Rehabilitierung usw. zu beraten, hat der Landesbeauftragte neben seiner Tätigkeit im Berliner Stadtgebiet auch 2007 die Bürgerberatung im Land Brandenburg fortgesetzt. Mit finanzieller Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurden dazu vor Ort Termine angeboten, die verstärkt auf Interesse stoßen. Da in den Kommunen sachkundige Ansprechpartner vielfach fehlen und die Betroffenen aufgrund ihres hohen Alters oftmals nur noch bedingt mobil sind, hat sich die Zahl der Ratsuchenden 2007 spürbar erhöht. Es steht zu erwarten, dass sich dieses Phänomen in den kommenden Jahren noch weiter verstärken wird.

2.1. Beratung in Rehabilitierungsfragen

Berufliche Rehabilitierung

Die Zahl der Antragsteller auf berufliche Rehabilitierung ist 2007 leicht zurückgegangen. Insgesamt verzeichnete die zuständige Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales 752 Anträge nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, das sind jedoch noch immer mehr als 60 Anträge pro Monat. Die vom Gesetzgeber ursprüng-

lich vorgesehene Einbeziehung der beruflich Rehabilitierten in die Entschädigungsregelungen nach dem 3. SED-UnBerG erfolgte letztlich nicht – hier sieht der Landesbeauftragte weiterhin dringenden Handlungsbedarf. Zwar hat der Rechtsausschuss des Bundesrates empfohlen, eine entsprechende Regelung auch für diese Verfolgten zu erarbeiten, doch fehlen bis heute dahingehende Aktivitäten.

Der Landesbeauftragte unterstützte die Antragsteller 2007 in allen verfahrensrelevanten Belangen. So wurden vielfach Fragen zur Antragstellung ebenso wie rechtliche Probleme an die Behörde herangetragen. Hierbei sind besonders Möglichkeiten des Einspruchs gegen abgelehnte Klagen und die Wiederaufnahme derselben zu nennen. Sehr beratungsintensiv ist nach wie vor die Begleitung von Erstanträgen. Zwanzig Jahre nach der Friedlichen Revolution von 1989/90 erweist es sich zunehmend als schwierig, die zwingend benötigten Unterlagen beizubringen, da die früheren Arbeitsstellen der Betroffenen oftmals nicht mehr existieren, die dazu gehörenden Archive abgewickelt wurden und Belege für die berufliche Entwicklung bzw. Diskriminierung daher kaum noch aufzufinden sind. Dies verringert die Aussicht der Petenten auf berufliche Rehabilitierung wesentlich. Gleichwohl bietet der Landesbeauftragte auch in diesen Fällen jede mögliche Unterstützung.

Sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg waren im Jahr 2007 immer wieder Fälle zu verzeichnen, in denen die berufliche Rehabilitierung von den zuständigen Stellen abgelehnt wurde, obwohl dies inhaltlich nicht nachvollziehbar ist. Durch Beratung der Behörden und seine Tätigkeit im Bereich der politischen Bildung versucht der Landesbeauftragte, das Wissen der Zuständigen über die SED-Diktatur zu erweitern und so Fehlurteile zu vermeiden.

Wie wichtig derartige Hilfestellungen noch immer sind, zeigt ein besonders markanter Fall:

Das Ehepaar H. stellte im April 1984 einen Ausreiseantrag aus der DDR, da die berufliche Fortentwicklung des Ehemannes von staatlicher Seite konsequent unterbunden wurde. Hintergrund war die Weigerung des H., der SED beizutreten. Frau H., die im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit tätig war, wurde in einem Kaderngespräch daraufhin mitgeteilt, dass sie den Ausreiseantrag zurückziehen müsse, wenn sie ihre Arbeitsstelle behalten wolle. Da sie dies ablehnte, durfte sie den Arbeitsplatz nicht

mehr betreten und wurde schließlich zur Unterzeichnung eines Aufhebungsvertrages genötigt.

Die überlieferten Kaderakten zeichnen ein gänzlich anders Bild. Danach habe Frau H. selbst um den Aufhebungsvertrag gebeten, da sie auf das Gehalt nicht angewiesen sei. Wie die historische Forschung jedoch zweifelsfrei gezeigt hat, war es in der DDR gängige Praxis, Arbeitnehmer mit Kontakten zur Öffentlichkeit schnellstmöglich von ihrer Tätigkeit zu entbinden, wenn sie einen Ausreiseantrag stellten. Zudem entsprach ein solches Vorgehen den zentralen Richtlinien, die für derartige Fälle vorlagen und bindenden Charakter hatten.

Daher ist es ohne Zweifel glaubhaft, dass der Aufhebungsvertrag unter Anwendung massiven Drucks zustande kam, wofür auch der kurze Zeitraum zwischen Antragstellung und Auflösung des Arbeitsverhältnisses spricht. Gleichwohl zog die Rehabilitierungsbehörde ausschließlich die in den Kaderakten angeführten Argumente heran, ohne deren Wahrheitsgehalt in Frage zu stellen. Mehr noch: Die Aussagen der H. wurden als unwahr klassifiziert, ihr Antrag auf berufliche Rehabilitierung abgelehnt. Dass dies kein Einzelfall ist, wurde bereits in den vorherigen Tätigkeitsberichten des Landesbeauftragten deutlich und hat sich auch 2007 wieder bestätigt. Besonders bedenklich erscheint es, dass Frau H. von der Rehabilitierungsbehörde mitgeteilt wurde: „Sie waren in einem Arbeitsbereich ... beschäftigt, der Kontakte mit dem ‚sozialistischen und dem nichtsozialistischen Ausland‘ unterhielt, wo Lehrkräfte in diese Staaten delegiert wurden. ... Darin, dass in der ehemaligen DDR an bestimmte berufliche Posten bestimmte persönliche Anforderungen gestellt wurden, liegt keine zielgerichtete individuelle Diskriminierung.“

Derartige, vollständig ahistorische Argumentationen, die jegliche Kenntnis der SED-Diktatur vermissen lassen, sind entschieden zurückzuweisen und zeigen, welcher großer Aufklärungsbedarf auch heute noch in den zuständigen Behörden besteht.

Strafrechtliche Rehabilitierung

In Bezug auf die strafrechtliche Rehabilitierung sind für das Jahr 2007 vor allem die langen Bearbeitungsfristen der Anträge zu kritisieren. Nachdem das 3. SED-UnBerG in Kraft trat, stieg die Zahl von Anfragen Betroffener, die sich an den Landesbeauftragten wandten, spürbar an. Das Landgericht Berlin verzeichnete zugleich einen starken Zuwachs von relevanten Anträgen, deren Bearbeitung sich wegen dieses hohen Aufkommens beständig weiter verzögerte. Dass die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes jeden Antragsteller auf

eine mögliche Zusammenarbeit mit dem MfS überprüfen muss, führt zu weiteren Verzögerungen. Gegenwärtig beläuft sich die Bearbeitungszeit der Anträge daher auf ca. zwei Jahre – gerade wegen des oftmals hohen Alters der Petenten ist dies nicht hinnehmbar. Es sollte daher unbedingt geprüft werden, inwieweit eine beschleunigte Bearbeitung der Regelanfragen kurzfristig möglich ist.

2.2. Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden

Die von den Bundesregierungen mehrfach angekündigte und von den Betroffenen nachdrücklich geforderte gesetzliche Regelung zur Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden ist noch immer nicht erfolgt. Welche Kosten und Folgeprobleme sich daraus für die Betroffenen entwickeln können, zeigt der Fall von Herrn K.

Herr K. beantragte 2002 die Anerkennung seiner verfolgungsbedingten psychischen Gesundheitsschäden nach dem verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG). 2006, fast ein Jahr nach seiner fachärztlichen Begutachtung, erhielt er die Ablehnung seines Antrages. Als Begründung wurde angegeben, dass es bereits vor seiner Inhaftierung gesundheitliche Probleme gegeben habe und diese durch die Haft lediglich verstärkt worden seien. Aufgrund der Vorschäden, so der Gutachter, sei kein Zusammenhang zwischen den psychischen und sonstigen Beschwerden und der Haftzeit erkennbar. Trotz zahlreicher, offensichtlicher Ungereimtheiten im Gutachten lehnte das Versorgungsamt den Widerspruch des Petenten ab. Inzwischen hat Herr K. Klage gegen die Ablehnung beim Sozialgericht eingereicht, das abermals einen Gutachter beauftragt hat, den Fall zu beurteilen. Erst dann wird das Gericht entscheiden.

Ein derart langfristiges und kostenintensives Anerkennungsverfahren zeigt, dass die bisherigen Verfahrensweisen zu kurz greifen. Daher mahnt der Landesbeauftragte abermals eine Änderung desselben an und trat mit derartigen Forderungen auch 2007 mehrfach an die Öffentlichkeit. Beweislastumkehr und die Tatsachenvermutung, dass politisch bedingte Haft in der DDR pro Jahr zu einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 25 Prozent geführt habe, scheinen als geeignete Mittel, die Verfahren zu beschleunigen und den Realitäten gerecht zu werden. Hier ist der Gesetzgeber dringend gefordert.

Da die unzureichenden gesetzlichen Regelungen nach wie vor gelten, hat sich an der Verfahrensweise der Versorgungsämter nichts grundlegend geändert. So bestätigen die Zahlen des Jahres 2007 die Entwicklungen der Vorjahre, wie eine Statistik des Landesamtes für Gesundheit und Soziales zeigt. Im Einzelnen stellen sich die Anerkennungsverfahren bei verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG), nach dem strafrechtlichen (StrRehaG) und dem verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) wie folgt dar:

	Zugänge	Erledigungen	in Bearbeitung	Anerkennung	Ablehnung
HHG	48	38	8	7	13
StrRehaG	49	57	19	9	17
VwRehaG	10	16	3	5	9

Noch immer bleibt zu bemängeln, dass das für eine sachgerechte Bearbeitung der Anträge psychologische Hintergrundwissen oftmals fehlt.

Ein weiteres, grundlegendes Problem ergibt sich hinsichtlich der Möglichkeiten von therapeutischen Maßnahmen bei verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden. Die Betroffenen sollten in jedem Fall von Psychotherapeuten behandelt werden, die über gründliche Kenntnisse bezüglich Verfolgungsmaßnahmen und Regelmechanismen einer Diktatur verfügen. Tatsächlich kann eine solche Betreuung nur teilweise gewährleistet werden. Es besteht zwar in Berlin mit der Beratungs- und Behandlungsstelle „Gegenwind“ die einzige Einrichtung dieser Art für Traumatisierte der SED-Diktatur. Aber die Ausstattung mit lediglich 1,5 festen Stellen reicht bei weitem nicht aus, um dem hohen Beratungs- und Behandlungsbedarf gerecht zu werden. Gleichwohl betreute „Gegenwind“ im Jahr 2007 650 Personen persönlich und bearbeitete darüber hinaus etwa 600 telefonische oder schriftliche Anfragen. Mit dem im Verhältnis zum Mitarbeiterschlüssel sehr hohen Klientenaufkommen ist die Kapazität der Einrichtung deutlich überdehnt – um eine adäquate Betreuung der Betroffenen zu sichern, sollten hier schnelle Lösungen gefunden werden.

2.3. Informations- und Fortbildungsveranstaltungen

Der Berliner Landesbeauftragte richtete ein Mal im Monat eine Supervision für die Berater der Verfolgtenverbände aus. Durch den Leiter der Beratungs- und Behandlungsstelle „Gegenwind“ moderiert, wurden dabei besonders komplexe Fälle besprochen und es wurde gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Zugleich nutzten die Berater die Treffen, um gesetzliche Regelungen zu diskutieren, Probleme der eigenen Tätigkeit zu thematisieren und allgemein in den Informationsaustausch zu treten. Zudem organisierte der Berliner Landesbeauftragte auch 2007 halbjährlich eine Informations- und Fortbildungsveranstaltung, in deren Rahmen die Berater aller fünf Landesbeauftragten hinsichtlich ihrer Arbeit geschult wurden.

Monatlich trafen sich auf Einladung des Landesbeauftragten Vertreter der Verfolgtenverbände, um aktuelle Erfahrungen und Probleme zu diskutieren. Schwerpunkte bildeten dabei unter anderem das 3. SED-UnBerG und die Frage der noch immer offenen, dringenden rechtlichen Klärung hinsichtlich einer angemessenen Entschädigungsregelung für die Gruppe der Zivildeportierten.

3. Förderung von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen

Die Förderung von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen der SED-Diktatur stellt nach wie vor einen Kernbereich der Tätigkeit des Landesbeauftragten dar. Im Haushaltsjahr 2007 standen dafür Mittel in Höhe von 818.500 Euro zur Verfügung. Die Summe entsprach dem Ansatz des Vorjahres, d. h., für die Zuwendungsempfänger mussten wie in den zurückliegenden Jahren Kostensteigerungen (z. B. aus der Teuerungsrate) völlig unberücksichtigt bleiben. Dennoch wurde von den Vereinen und Verbänden eine qualifizierte und am Bedarf orientierte Projektarbeit geleistet. Über den Haushalt des Landesbeauftragten wurden vom Land Berlin im Berichtszeitraum folgende Vereine in jeweils unterschiedlichem Umfang gefördert:

- ASTAK e.V.,
- BSV – Förderverein für Beratungen e.V.,
- Bund der Mitteldeutschen e.V.,
- Deutsche Gesellschaft e.V.,
- Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde e.V.,

- Förderverein Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus e.V.,
- Forum zur Aufklärung und Erneuerung e.V.,
- HELP e.V.,
- Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.,
- Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.,
- Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.,
- Zentralverband Politisch Ostgeschädigter e.V.

Die Förderschwerpunkte lassen sich entsprechend dem Gesetz über den Landesbeauftragten in Projekte der Beratung und Betreuung sowie Projekte der politischen und historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur einteilen.

Nachfolgende Aufstellungen geben einen Überblick über die Verteilung der Zuwendungsmittel im Haushaltsjahr 2007:

a) Arten der geförderten Projekte

Anzahl der geförderten Projekte	davon Beratungsprojekte	davon Projekte zur politischen Bildung bzw. Aufarbeitung der SED-Diktatur	davon Projekte, die sowohl Beratung als auch politische Bildung bzw. Aufarbeitung der SED-Diktatur zum Inhalt hatten
12	5	4	3

b) Verteilung der bewilligten Mittel auf die Förderbereiche

Beratungsprojekte	Projekte zur politischen Bildung bzw. Aufarbeitung der SED-Diktatur	Projekte, die sowohl Beratung als auch politische Bildung bzw. Aufarbeitung der SED-Diktatur zum Inhalt hatten
34,5 %	42,4 %	23,1 %

Das Beratungsangebot der geförderten Verbände deckt die volle Bandbreite an gesetzlichen Regelungen zur Wiedergutmachung und zum Schadensausgleich ab. Eine deutliche Erhöhung des Beratungsbedarfs ergab sich aus den Debatten um die Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und aus der Verabschiedung des Dritten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR einschließlich der neu eingeführten Op-

ferrente. Auch im Jahr 2007 meldeten sich zudem wieder zahlreiche Betroffene, die bestehende Möglichkeiten bis dahin noch nicht genutzt hatten. Der gestiegene Beratungsbedarf brachte einige Verbände an die Grenzen ihrer personellen und finanziellen Kapazitäten. Die kompetente Beratung durch die Verbände stellt eine notwendige Ergänzung und Unterstützung der Arbeit der zuständigen Behörden dar und trägt im Ergebnis zu deren Entlastung bei. Denn viele der psychisch schwer geschädigten Betroffenen benötigen vor einem Behördengang Ansprechpartner, zu denen sie Vertrauen finden. Für viele der Betroffenen sind die Beratungsstellen der Verbände der einzige Ort, an dem sie sich in ihrer spezifischen Problematik verstanden fühlen und die grundlegenden Probleme daher ohne größere Einschränkungen ansprechen können.

Nachfolgend einige Anmerkungen zu den Arbeitsinhalten der **Beratungsprojekte**, die über die bereits genannten Themen, wie die Opferrente, hinausgingen:

* Der BMD (Bund der Mitteldeutschen e.V.) hat im Jahr 2007 in einem Projekt mit ehrenamtlichen Mitarbeitern und mit Unterstützung einer angestellten Bürokräft Beratungen nach den Rehabilitierungsgesetzen und in eigentumsrechtlichen Fragen durchgeführt. Neben der Beratungs- und Betreuungstätigkeit widmete sich der Verein auch dem Gedenkort gegenüber dem Brandenburger Tor mit den Kreuzen für Opfer der SED-Diktatur.

* Das Projekt „Soziale Kontakt- und Beratungsstelle“ der Organisation HELP e.V. half mit zahlreichen Beratungen ehemals politisch Verfolgten und Inhaftierten, Zivildeportierten, Verurteilten von sowjetischen Militärtribunalen (SMT), verwaltungs- und vermögensrechtlich Geschädigten sowie weiteren Opfern politischer Gewalt bei der Durchsetzung ihrer gesetzlichen Ansprüche. Der Verein organisierte auch regelmäßige Gesprächskreise und Kontaktnachmittage für Betroffene.

* Die VOS (Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.) ist einer der ältesten Opferverbände der Bundesrepublik. Er wurde 1950 von vormaligen Kriegsgefangenen und Internierten sowie politischen Häftlingen gegründet. Der Landesverband Berlin-Brandenburg bietet mit seinem Beratungs- und Betreuungsprojekt politisch Verfolgten und ehemaligen politischen Häftlingen Informationen, Beratung zur beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung, zur Rentenberechnung bei fehlenden Anrechnungszeiten und Unterstützung im Vorfeld von Behördengängen an.

* Der ZPO - Zentralverband Politisch Ostgeschädigter e.V. - setzte im Jahr 2007 sein Projekt „Fachberatungen nach dem 1. und 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, Häftlingshilfegesetz, Vermögensgesetz, Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz“ fort. Wirksame Hilfestellungen hat der ZPO ebenso in Rentenfragen für Betroffene geben können. Auch bei der Beantragung von Unterstützungen und Rehabilitierungen gab es umfangreiche und wirksame Verwaltungshilfen durch die ehrenamtlichen Mitarbeiter sowie eine hauptamtliche Mitarbeiterin des Zentralverbandes. Seit mehreren Jahren hat sich dabei die Spätsprechstunde für Berufstätige bewährt.

* Auf Grund vereinsinterner Streitigkeiten sah sich der Landesbeauftragte im Berichtszeitraum zunächst nicht in der Lage, dem BSV - Förderverein für Beratungen e.V. eine Zuwendung zu gewähren. Der Verein führte seine Beratungen auf dem Gebiet der Rehabilitierungsgesetze im Jahr 2007 daher ausschließlich ehrenamtlich durch. Da die Ratsuchenden die Beratungsstelle in unveränderter Intensität frequentierten, wurde dem Verein – nach vorläufiger Klärung der internen Probleme – Mitte des Jahres auf Antrag ein Zuschuss zu seinen Aufwendungen gewährt.

Neben den Beratungsprojekten wurden über den Haushalt des Landesbeauftragten folgende Projekte zur **politischen Bildung und historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur**, teilweise in Kofinanzierung mit anderen Zuwendungsgebern, gefördert. Schwerpunkte bildeten dabei die Bereiche politische Bildung, Dokumentation, Ausstellung und Öffentlichkeitsarbeit:

* Durch eine Zuwendung an die Deutsche Gesellschaft e.V. unterstützte der Landesbeauftragte im Jahr 2007 das dritte Hearing zur Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Erinnerung an die Friedliche Revolution der Jahre 1989/90. Im Rahmen der am 1. Oktober in der Nikolaikirche durchgeführten Veranstaltung wurden Entwürfe eines künstlerischen Wettbewerbes für das Denkmal präsentiert und die Frage nach dessen Realisierung diskutiert. Inzwischen hat der Deutsche Bundestag der Idee eines solchen Denkmals zugestimmt; die Grundsteinlegung soll nach gegenwärtigen Planungen am 9. November 2009 erfolgen. Den Initiatoren des Denkmals, darunter auch die Deutsche Gesellschaft e.V., wurde zudem der Nationalpreis 2008 der Deutschen Nationalstiftung zugesprochen.

* Die Zuwendung an die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde e.V. diente der Unterstützung des 4. Berlin-Brandenburgischen Forums zur zeitgeschichtlichen Bildung, das sich unter dem Titel „Zeitgeschichte interkulturell. Politisch-historische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ vorrangig an Lehrerinnen und Lehrer sowie Multiplikatoren aus allen Bereichen der historisch-politischen Bildungsarbeit wandte. Das Projekt wurde kofinanziert von der Bundeszentrale für politische Bildung.

* Die Verbände ASTAK e.V. und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. werden seit 1998 neben der Projektförderung durch den Landesbeauftragten durch Projektmittel der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unterstützt. Diese Kofinanzierung durch eine bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts verdeutlicht, dass die Verbände Leistungen von überregionaler bzw. gesamtdeutscher Bedeutung erbringen, an denen sich das Land Berlin gleichgewichtig beteiligt. Zu den Angeboten, die mit Hilfe dieser Förderungen umgesetzt werden konnten, gehören unter anderem thematische Archivführungen, Projekttag für Lehrer, Schüler und Studenten, öffentliche Vortragsveranstaltungen und Zeitzeugengespräche.

* Das Projekt der ASTAK e.V. „Grundsicherung des Ausstellungsbetriebes in der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße“ wurde im Jahr 2007 abermals fortgeführt. Den Schwerpunkt bildete dabei nach wie vor die Besucherbetreuung auf ca. 1.400 Quadratmetern Ausstellungsfläche. Das Museum erfreut sich wachsenden Interesses, die Besucherzahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr nochmals erhöht. Täglich finden Führungen durch die Forschungs- und Gedenkstätte sowie die Dauerausstellungen statt. Dabei ist insbesondere die hohe Zahl von Schülergruppen zu erwähnen, die die Gedenkstätte besuchen und sich so einen – oftmals ersten – Eindruck von den Repressionsmaßnahmen der SED-Diktatur verschaffen. Zu speziellen Themen wie Arbeitsweise des MfS, System der Machtausübung und Machtssicherung durch die SED sowie Widerstand und Verfolgung in der DDR werden regelmäßig Bildungsveranstaltungen sowie Fachvorträge durch Mitarbeiter der ASTAK e.V. und Gastreferenten realisiert. Im Jahr 2007 betreute der Verein ca. 1.500 Besuchergruppen. Insgesamt besuchten etwa 70.000 Interessierte die Ausstellungen oder nahmen an den Veranstaltungen teil.

* Die Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. führte auch im Jahr 2007 mit ihrem Projekt „Archiv der DDR-Opposition“ die Beschaffungs-, Recherche- und Publikationsvorhaben des Robert-Havemann-Archivs, des Matthias-Domaschk-Archivs und des Archivs GrauZone fort. Unter der Überschrift „Widerstand und Zivilcourage in Diktaturen“ wurden neue Bestände übernommen, erschlossen und sukzessive der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Schwerpunkt des Projektes im Jahr 2007 war die Vermittlung der Ergebnisse aus der Erschließung. So veröffentlichte die Robert-Havemann-Gesellschaft 2007 eine Beständeübersicht und setzte die Erarbeitung von Findhilfsmitteln fort. Des Weiteren publizierte der Verein eine Kurzbiografie sowie eine Bibliografie zu Robert Havemann. Mit zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, zum Teil gemeinsam mit dem Landesbeauftragten, und Führungen durch die Archive und Ausstellungen wurden darüber hinaus wichtige Beiträge zur politischen und historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur geleistet. Der eigene Internetauftritt (www.robert-havemann-gesellschaft.de) wurde mit vielfältigen Angeboten fortgeführt bzw. ausgebaut und die im Jahr 2005 mit dem Grimme Online Award ausgezeichnete Website „Jugendopposition in der DDR“ (www.jugendopposition.de) wesentlich erweitert. Auch hierzu leistete die Förderung des Landes Berlin über den Haushalt des Landesbeauftragten einen wesentlichen Beitrag.

Folgende Vereine beschäftigen sich unter finanzieller Unterstützung des Landes Berlin sowohl mit der **Beratung und Betreuung** von Opfern der SED-Diktatur als auch mit **politischer Bildung bzw. Aufarbeitung der SED-Diktatur**:

* Durch den Förderverein Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus e.V. wurde das Projekt „Politische Bildungsarbeit, Ausstellungen und Betroffenenarbeit in der Gedenkbibliothek“ fortgesetzt. In zentraler Lage wurden in den Räumen im Nikolaiviertel regelmäßige Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Lesungen, Buchpräsentationen und Gespräche zu Themen der Geschichte der SBZ/DDR durchgeführt, in denen die Phänomene Widerstand und Verfolgung eine besondere Beachtung erfuhren. Namhafte Wissenschaftler konnten für diese Veranstaltungen ebenso gewonnen werden wie bekannte Künstler, woraus eine zunehmende öffentliche Resonanz auf die Veranstaltungen folgte. Zudem wurde die Bibliothek mit ihrem Bestand von ca. 8.000 Büchern regelmäßig von Besuchergruppen und Einzelnutzern frequentiert. Die Gedenkbibliothek betrachtet sich darüber hinaus als Anlaufstelle zur

Vermittlung von Kontakten oder zur Beratung für Opfer des Stalinismus. Sie bildet damit ein etabliertes Zentrum der Aufarbeitung der SED-Diktatur im Zentrum Berlins.

* Das Forum zur Aufklärung und Erneuerung hat sich mit dem Projekt „Unterstützung von Opfern (wirtschafts-)politischer Verfolgung der SED-Diktatur, Dokumentation und Publikation enteignender Maßnahmen in der DDR-Staatspraxis“ dieser speziellen Betroffenenengruppe angenommen und dazu auch eigene Recherchearbeiten durchgeführt. Da eine politisch motivierte Strafverfolgung häufig mit der Enteignung von wertvollen Kunstgegenständen, Antiquitäten, Münz- und Briefmarkensammlungen verbunden war, besteht hier nach wie vor ein ebenso umfangreicher wie spezifischer Beratungsbedarf. Dem kommt das Forum zur Aufklärung und Erneuerung nach. Einerseits werden Betroffene bzw. Hinterbliebene in allen relevanten Fragen beraten und unterstützt, andererseits leistet der Verein mit dem Projekt einen Beitrag zur Aufarbeitung, indem er auf die Spezifika dieser Repression in der SED-Diktatur aufmerksam macht.

* Die UOKG (Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.) beantragte erstmals für das Jahr 2007 beim Landesbeauftragten eine Zuwendung. Hintergrund war die bereits angeführte Ablehnung des Zuwendungsantrags des BSV - Fördervereins für Beratungen e.V. und die damit nicht gesicherte Finanzierung des weiterhin vorhandenen Beratungsbedarfs. In dem Projekt „Politische Bildungsarbeit, soziale und juristische Beratung und Betreuung von Opfern der SBZ/DDR-Diktatur“ versuchte die UOKG, die Beratungstätigkeit des BSV-Fördervereins aufzufangen. Zentraler Bestandteil der Beratung war auch hier die neu eingeführte Opferrente für ehemalige politische Häftlinge einschließlich noch nicht beantragter Rehabilitierungen. Auf Grund des Umstandes, dass die angebotene Rechtsberatung jetzt durch einen Juristen durchgeführt wurde, verwiesen auch andere Vereine Betroffene an die UOKG. Daneben führte die UOKG im Rahmen des Projektes u. a. Veranstaltungen zur politischen Bildung durch und verschickte wöchentlich eine Informations-E-Mail für Opfer der kommunistischen Diktatur.

Insgesamt bildete die Förderung der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen durch den Landesbeauftragten auch im Jahr 2007 einen der wichtigsten Bestandteile der Tätigkeit. Bedingt durch neue rechtliche Regelungen, vor allem die so genannte Opferrente, wuchs die Zahl der Ratsuchenden abermals an. Nicht zuletzt haben wis-

senschaftliche Untersuchungen in jüngster Zeit eindrücklich gezeigt, dass das Wissen um die SED-Diktatur nahezu zwanzig Jahre nach deren Untergang keineswegs ein zufriedenstellendes Ausmaß erreicht hat - im Gegenteil. Insbesondere unter Schülerinnen und Schülern fehlen zunehmend grundlegende oder gar spezielle Kenntnisse. Die Tätigkeit der Aufarbeitungsinitiativen bedarf daher auch weiterhin umfassender Unterstützung. Gleiches gilt für den Bereich der politischen Bildung, in dem der Landesbeauftragte auch im Berichtszeitraum umfangreiche eigene Aktivitäten entwickelte, um den vielfältigen Problemen zielorientiert zu begegnen.

4. Politische Bildung

Der Landesbeauftragte wandte sich mit Angeboten zur politischen Bildung unter anderem an Lehrer, Schüler, Gedenkstättenpädagogen und Besuchergruppen der Bundeswehr. Dabei strahlten im Berichtszeitraum verschiedene öffentliche Debatten auf die Frage nach der Vermittlung zeitgeschichtlicher Bildung aus. In der Nachfolge der Diskussion um das Votum der „Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ vom Juni 2006 blieb die Frage brisant, welchen Platz der DDR-Alltag in der staatlich geförderten Vermittlung von DDR-Geschichte einnehmen soll. Die Erfahrungen des Landesbeauftragten zeigen, dass in konkreten Bildungsangeboten Positionen verbunden werden können und sollten, welche in den Debatten oft polarisiert werden. In den verschiedenen Angeboten zur politischen Bildung wurde im Berichtsjahr deshalb besonders darauf geachtet zu verdeutlichen, dass der Alltag in der DDR nicht als herrschaftsfreier Raum existierte, sondern dass die Diktatur gerade im Alltag ihre Macht entfaltete: Beispielsweise waren durch das bereitwillige „Mitmachen“ von Kollegen und Vorgesetzten, von Lehrern und Direktoren Repressionen am Arbeitsplatz und in Bildungseinrichtungen besonders wirksam, und nur durch die Pflege informaler Netzwerke konnten die Defizite der Mangelwirtschaft ausgeglichen werden. Die Spezifika des Alltags in der DDR werden aber in der politischen Bildung nicht nur thematisiert, um zu zeigen, wie die Diktatur vor Ort funktionierte. Diese Thematik knüpft auch an die Erfahrungswelt der in der DDR Aufgewachsenen an und erweitert diese um eine wichtige Perspektive: Die nostalgische Erinnerung an eine vermeintliche Geborgenheit in der DDR hat, häufig unreflektiert, mit der hohen Bedeutung des kollektiven „Durchlavierens“ zu tun. Außerdem blendet sie aus, dass gerade unter diesen Bedingungen politisch Aufmüp-

fige nicht nur staatlicher Verfolgung und dem Ausschluss von Aufstiegs- und Versorgungsangeboten ausgeliefert waren, sondern oftmals auch der Akzeptanz der politisch angepassten Mehrheitsgesellschaft verlustig gingen. Diese Zusammenhänge werden in vielen gängigen Darstellungen, beispielsweise in verschiedenen Schulbüchern, vernachlässigt und stattdessen wird ein Bild des Alltags in der DDR als unpolitische Nische entworfen. Deshalb wurden im Berichtsjahr didaktisch aufbereitete Beispiele erarbeitet, wie anhand von unterschiedlichen Quellen (z.B. Stasi-Akten, schöngeistiger Literatur, Spielfilmen, Schriftzeugnissen wie Eingaben und Zeitungsmeldungen) die diktatorische Prägung des Alltags in der DDR vermittelt werden kann. Die Ergebnisse wurden Multiplikatoren der politischen Bildung auf zwei Workshops, im Rahmen einer Tagung der „Humanistischen Union Nordrhein-Westfalen“ und im Rahmen einer Fortbildung in Kooperation mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vorgestellt sowie als Lehrerfortbildung in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM) angeboten.

Für den letztgenannten Veranstaltungstyp muss jedoch festgehalten werden, dass sich im Berichtsjahr die Rahmenbedingungen deutlich verschlechterten. Mit der Fusion der Brandenburger und Berliner Landesinstitute wurde die Fortbildung regionalisiert, zentrale Angebote werden nur noch selektiv (z.B. für Multiplikatoren oder bei ausgewählten Themen) in das Programm übernommen. Für die DDR-Geschichte gilt, dass bei der jetzt praktizierten Weitergabe der Vermittlungsinhalte durch Lehrkräfte mit Multiplikatoren-Aufgabe vor Ort die hervorragenden Möglichkeiten der Hauptstadt, Lehrer durch Gedenkstättenpädagogen und Wissenschaftler aus erster Hand zur nach wie vor brisanten jüngsten Geschichte fortzubilden, vertan wird. Als Folge ließen sich die in Kooperation mit dem LISUM angebotenen Fortbildungen nur noch partiell realisieren. So musste eine geplante Veranstaltung zur Arbeit mit Spielfilmen kurzfristig abgesagt werden – dabei wird in der Praxis immer wieder deutlich, dass gerade in einer Zeit, in der das DDR-Bild Jugendlicher zunehmend medial geprägt wird, beste Anschauungsmöglichkeiten ungenutzt bleiben.

Durchgeführt wurden stattdessen drei Fortbildungsveranstaltungen zum DDR-Alltag, zu Ausländern in der DDR und zur Arbeit mit Bildquellen zur Geschichte der SED-Diktatur. Die Veranstaltungen wurden für unterschiedliche Lehrerkollegien ausgerichtet und vor allem durch das Engagement einzelner Lehrkräfte ermöglicht. Doch der zeitliche Spielraum der Berliner Lehrerinnen und Lehrer zur Teilnahme an Fortbildungen hat insgesamt abgenommen – diese ungünstigen Bedingungen stehen in

scharfem Kontrast zur öffentlichen Kritik an großen Wissens- und Wahrnehmungslücken Heranwachsender in Bezug auf die jüngste deutsche Diktatur. Diese Kritik ist bereits fester Bestandteil der öffentlichen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur geworden: Zu einschlägigen historischen Daten wie dem 13. August oder dem 9. November dokumentierte die Presse im Berichtsjahr noch häufiger als schon in den Jahren zuvor zahlreiche Beispiele von Schülern, welche kaum oder keinen Schulunterricht zur DDR-Geschichte erleben – mit den entsprechenden Wissens- und damit Erkenntnislücken als Folge. Befragungen von Schülern aus vier Bundesländern, darunter auch 2.400 Berliner Schüler, durch Wissenschaftler des Forschungsverbunds SED-Staat der Freien Universität sowie Untersuchungen der Lehr- und Rahmenpläne im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unterstrichen dieses Manko noch einmal. Gegen die Verallgemeinerung dieser Beobachtungen können im Einzelnen verschiedene Vorbehalte geltend gemacht werden. So erscheinen die gerade auch im Interesse der Demokratieerziehung vorbildlich kompetenzorientierten Curricula für Politik und Geschichte in Berlin in inhaltlich orientierten Auswertungen und Vergleichen eher verzerrt. Dennoch ist das generelle Bild alarmierend, und aufgrund der Erfahrungen des Landesbeauftragten kann die Brisanz der Problematik nur unterstrichen werden: Anspruch und Realität der zeitgeschichtlichen Bildung klaffen zunehmend auseinander, dabei bietet gerade Berlin besondere Möglichkeiten zur Unterstützung und Flankierung des Politik- und Geschichtsunterrichtes zur SED-Diktatur. Außerschulische Bildungsangebote können die schulische Ausbildung jedoch nicht ersetzen; hier und ebenso für die notwendige Weiter-Qualifikation der Lehrkräfte und die Verbreitung fachdidaktisch aufbereiteter Forschungsergebnisse zur Geschichte der SED-Diktatur müssen bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Eine vom Landesbeauftragten gemeinsam mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Landeszentrale für politische Bildung angebotene Weiterbildung zum Thema „40 Jahre Beutelsbacher Konsens“ und damit zur Aktualität der 1977 definierten Grundsätze der politischen Bildung in der Bundesrepublik zeigte einmal mehr, dass den Gedenkstättenpädagogen nur geringer Handlungsspielraum bleibt, wenn Gedenkstättenbesuche wie ein Wandertagsprogramm absolviert werden und die notwendige Vor- und Nachbereitung wegen der unzureichenden Rahmenbedingungen ausbleibt. Die in der Weiterbildung mit Fachleuten und in angeleiteten Arbeitsgruppen diskutierten Grundsätze wie die gebotene Kontroversität beim Ver-

mitteln von DDR- und NS-Geschichte und das Verbot emotionaler Überwältigung sind auch heute entscheidend, wenn die Auseinandersetzung mit den beiden deutschen Diktaturen wirksame Demokratie-Erziehung sein soll. Dabei wurde deutlich, dass die zeitliche Nähe der SED-Diktatur auch knapp zwanzig Jahre nach der Friedlichen Revolution immer wieder besondere Herausforderungen birgt: Die emotionale Involviertheit ist hoch, solange Lehrer, Eltern und andere Mittler des Geschichtsbildes – mit unterschiedlichen Erfahrungen – selbst in der Diktatur sozialisiert wurden. Mehr Gelegenheit und zeitlicher Spielraum zur fachlich fundierten Auseinandersetzung und kritischen Selbstreflexion für Lehrkräfte wäre an dieser Stelle nach wie vor dringend geboten.

Dem Erfahrungsaustausch, der gemeinsamen Qualifizierung sowie der zielgerichteten Verbreitung der Angebote von Berliner und Brandenburger Gedenkstätten sowie Initiativen zur Vermittlung von NS- und DDR-Geschichte diente auch im Berichtsjahr das Berlin-Brandenburgische Forum zur zeitgeschichtlichen Bildung. Wiederum fungierte der Berliner Landesbeauftragte hierbei als Mitveranstalter und beteiligte sich daher wesentlich an Vorbereitung und Durchführung der öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung. In diesem Jahr stand unter dem Titel „Zeitgeschichte interkulturell. Politisch-historische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ die Frage im Zentrum, welche Rolle die Herkunft von Schülern für ihre Aneignung der Geschichte der zwei Diktaturen in Deutschland spielt. Dies betrifft zum einen die wachsende Zahl von Schülern mit Migrationshintergrund. Für die Aufarbeitung der SED-Diktatur spielt aber auch ein anderer Aspekt von Herkunft eine Rolle: nämlich die Frage, ob Eltern und Großeltern in der DDR oder der Bundesrepublik aufgewachsen sind und wie Selbstbild und Erwerbsbiografie davon jeweils beeinflusst wurden. Hierfür wurden durch den Landesbeauftragten im Vorfeld Lehrer aus Berlin und Brandenburg zu ihren Erfahrungen interviewt. Dabei wurde bestätigt, was auch umfangreichere wissenschaftliche Untersuchungen nahelegen: Weniger die objektiv beschreibbare Herkunft ist entscheidend als ihre subjektive Bewertung. Diese Ergebnisse wurden auf einem Vortrag der zuständigen Mitarbeiterin des Landesbeauftragten zur Diskussion gestellt. Die Projektvorstellungen aus verschiedenen Kooperationen von Schulen und Gedenkstätten verwiesen in die gleiche Richtung: Die involvierten Schüler mit Migrationshintergrund widmeten sich genauso engagiert und mit gleichen Fragestellungen wie ihre sonstigen Mitschüler der deutschen Zeitgeschichte – sie alle präsentierten jedoch eine Auswahl besonders interessierter Jugendlicher.

So rückte das Forum einen weiteren Aspekt in den Blick: Wie und mit welchem Erfolg können Angebote zur zeitgeschichtlichen Bildung für bildungsferne Zielgruppen speziell aufbereitet werden? Diese Frage ist für die Vermittlung der Geschichte der SED-Diktatur weitgehend unbearbeitet und wird 2008 im Zentrum des Forums zur zeitgeschichtlichen Bildung stehen, das wiederum mit aktiver Unterstützung des Landesbeauftragten vorbereitet wird.

Zu den Angeboten des Landesbeauftragten, die von Gymnasiasten, Gesamt- und Realschülern nachgefragt werden, gehört die Unterstützung bei der Erstellung von Hausarbeiten als Teil der Prüfung zur Mittleren Reife bzw. zum Abitur. Im Berichtsjahr wurden z.B. in Kleingruppen Schüler aus einer Gesamtschule in Berlin-Mitte sowie mit individuellen Arbeiten Gymnasiasten aus Pankow und Friedrichshain betreut. Allerdings offenbarten dabei bereits die von den Lehrkräften vorgegebenen Fragestellungen Defizite in der Wahrnehmung der DDR-Geschichte, die durch die genannte Unterstützung nur bedingt ausgeglichen werden können.

Als tiefgreifender erwies sich die mehrtägige Projektarbeit mit Schülergruppen, die in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie e.V. für zwei Schulklassen aus Berlin und Brandenburg in Form einer Schülertagung in einer Begegnungsstätte am Rande Berlins organisiert und durchgeführt wurde. Die intensive Betreuung durch Historiker und Zeitzeugen ermöglichte es, die Schüler selbstständig und in kreativen Arbeitsformen Grundzüge der Wirtschafts-, Sozial- und Politikgeschichte der DDR und der Bundesrepublik im Vergleich erarbeiten zu lassen und so die wesentlichen Unterschiede zwischen Diktatur und Demokratie zu verinnerlichen.

In den vergangenen Jahren ist – ohne Zweifel berechtigt – immer wieder beklagt worden, dass die Auseinandersetzung mit der zweiten Diktatur in Deutschland auch an den Universitäten nur unzureichend Berücksichtigung fände. Um diesem Missstand zu begegnen, wurden im Berichtsjahr durch Mitarbeiter des Landesbeauftragten in zwei Lehrveranstaltungen an der Humboldt-Universität Studentinnen und Studenten zu Fragen der DDR-Geschichte ausgebildet. Die hohe Nachfrage bezüglich der Beteiligung an dem Seminar „Das MfS in Krisensituationen der DDR“ und der Übung „Propaganda in der DDR“ verdeutlichte die Wichtigkeit solcher Angebote einmal mehr. Die Teilnehmer nahmen die Möglichkeit, nicht nur fachlich angeleitet in Quellenkritik und Forschungsdebatten eingeführt zu werden, sondern auch ihre per-

sönlichen Eindrücke und Meinungen zum Umgang mit der Geschichte der SED-Diktatur und des MfS zu diskutieren, äußerst engagiert und interessiert wahr. Abermals zeigte sich, dass das fehlende Wissen um die SED-Diktatur oftmals nicht mangelndem Interesse entspringt, sondern aus unzureichenden Angeboten resultiert.

Auch im Jahr 2007 besuchten regelmäßig Gruppen der Bundeswehr die Behörde des Landesbeauftragten und wurden über die Arbeit der Behörde, die Aufarbeitung der Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit und weitere relevante Fragen informiert. So erfuhren die Angehörigen der Bundeswehr Zusammenhänge aus dem Kontext Opposition und Friedliche Revolution aus der Zeitzeugenperspektive, diskutierten die sie besonders interessierenden Fragen (etwa zur Jugend in der DDR) und übten sich im Umgang mit Bild- und Textquellen.

Um interessierte Bürgerinnen und Bürger ebenso zu erreichen wie schulische und außerschulische Multiplikatoren und damit den Bereich der politischen Bildung effektiv zu stärken, trugen Mitarbeiter des Landesbeauftragten auch im Berichtsjahr als Referenten und Autoren zu unterschiedlichen Veranstaltungen bzw. Publikationen bei. Dies betraf ein breites Themenspektrum, etwa die Bedeutung jugendlicher Protestbewegungen in der DDR für die heutige politische Bildung, den medialen Umgang mit der Niederschlagung des Prager Frühlings, die Vermittlung des Zusammenhangs zwischen Repression und Alltag in der DDR, die Bedeutung der zentralen Planwirtschaft für die SED-Diktatur sowie die Berliner Teilungsgeschichte. Auf diesem Wege konnten ein umfassendes Bild des SED-Regimes vermittelt, bestehende Wissensdefizite eingegrenzt und das Interesse an einer Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte zielgerichtet befördert werden.

5. Öffentlichkeitsarbeit

Zwei Elemente bilden einen besonderen Schwerpunkt innerhalb der Öffentlichkeitsarbeit des Landesbeauftragten: die hauseigene Schriftenreihe und die monatlich ausgerichteten Veranstaltungen. Beide Bereiche stoßen auf eine erfreuliche Resonanz, die im Berichtszeitraum zudem merklich ausgebaut werden konnte.

Die Schriftenreihe des Landesbeauftragten umfasst mittlerweile 24 Bände. Im Jahr 2007 konnte die Erstauflage folgender Publikationen realisiert werden:

* Jörg Rudolph/Frank Drauschke/Alexander Sachse, Hingerichtet in Moskau. Opfer des Stalinismus in Berlin 1950-1953 (Bd. 23)

Der Band widmet sich dem Schicksal jener 241 Berlinerinnen und Berliner, die zwischen April 1950 und Dezember 1953 Opfer des stalinistischen Terrors wurden und deren Verbleib in vielen Fällen über Jahrzehnte ungeklärt blieb. Sie wurden von sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt, nach Moskau verbracht, dort hingerichtet und ihre Asche in anonymen Massengräbern beigesetzt. Die Publikation zeichnet ihren letzten Weg nach, erläutert eindringlich Hintergründe des Terrors und gibt die Biographie aller 241 Opfer wider.

* Heinz Schwollius, Aus der Todeszelle in die Hölle von Bautzen (Bd. 24)

Der Autor schildert anhand seiner eigenen Biografie, welche dramatischen Folgen Widerstand gegen die kommunistische Diktatur haben konnte. Seine Weigerung, der KPD beizutreten, führte Anfang 1946 zur Inhaftierung, wenige Wochen später wurde er unter fadenscheinigen Begründungen zum Tode verurteilt. Zwar wurde das Urteil letztlich in zehn Jahre Zwangsarbeit umgewandelt, doch nun musste Schwollius sowjetisches Speziallager und ostdeutsches Zuchthaus durchleben. Schwer erkrankt, wurde er 1954 entlassen. Seine Biografie steht exemplarisch für viele weitere Opfer der kommunistischen Diktatur und stößt auf breite Resonanz unter den Lesern.

Neben der Erstauflage von Publikationen ergab sich im Berichtszeitraum die Notwendigkeit, acht weitere Hefte der Schriftenreihe in neuer Auflage zu drucken, da die große Nachfrage dazu geführt hatte, dass die vorhandenen Auflagen restlos vergriffen waren. In mehreren Tausend Exemplaren gedruckt, tragen die Publikationen nicht nur zur Öffentlichkeitsarbeit des Landesbeauftragten bei, sondern sind zudem ein wichtiger Beitrag zur politischen Bildung.

Gleiches kann auch für die monatliche Veranstaltungsreihe festgehalten werden. In ihrem Mittelpunkt standen die Berliner Ereignisse des Jahres 1987. Damit hielt der Landesbeauftragte nicht nur Rückschau auf die oftmals verwickelte Geschichte der geteilten Stadt, sondern leistete einen aktiven Beitrag zur Aufarbeitung der Vorgeschichte von Friedlicher Revolution und Deutscher Einheit. In Kooperation mit der Robert-Havemann-Gesellschaft realisiert, fragten die Veranstaltungen unter dem Titel „Auf dem Weg zur Friedlichen Revolution? Berlin im Jahr 1987“ nach jenen Ereignissen, die vor genau zwanzig Jahren Schlagzeilen machten und zu wichtigen Vorbedingungen für die kommenden, im wahrsten Sinne des Wortes die Welt verändernden Entwicklungen wurden. Die doppelten Feiern zum 750. Stadtjubiläum Berlins gehörten dazu ebenso wie Rolle und Bedeutung der Kirchen in der DDR, die Formierung der Opposition und deutsch-deutsche Bemühungen, die eigene Geschichte für jeweils unterschiedliche Zwecke zu nutzen.

Die Veranstaltungsreihe erfreute sich einer überaus großen Publikumsresonanz. Zu den Referenten, die das Wort ergriffen, gehörten so unterschiedliche Zeitzeugen wie Bärbel Bohley, Eberhard Diepgen, Rainer Eppelmann, Andreas Nachama und Günter Schabowski. Aufgrund des sichtbaren Erfolges wird die Reihe auch in den kommenden Jahren fortgesetzt, um so einem breiten Interessentenkreis möglichst viele Facetten der SED-Diktatur kurz vor und während der Friedlichen Revolution zu vermitteln. Zudem werden ausgewählte Veranstaltungen in kommenden Bänden der Schriftenreihe dokumentiert werden.

Einen weiteren wichtigen Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit stellt die neue Ausstellung des Landesbeauftragten dar, die über einen längeren Zeitraum erarbeitet und 2007 im Berliner Abgeordnetenhaus erstmals der Öffentlichkeit präsentiert wurde. „Selbstbehauptung, Widerstand und Verfolgung. Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die FALKEN in Berlin 1945 bis 1961“ beleuchtet ein frühes Kapitel der Gesamtberliner Nachkriegsgeschichte und ruft so die vielschichtigen Realitäten der territorial noch nicht geteilten Stadt in Erinnerung. Denn bis 1961 gab es sie auch offiziell in beiden Teilen der Metropole: junge Menschen, die aktiv Opposition und Widerspruch gegen die diktatorische Politik der SED zum Ausdruck brachten. Damit aber wurden sie zunehmend zum Ziel eben jener Politik. Sie wurden denunziert, verhaftet, und in einzelnen Fällen bezahlten sie ihren Einsatz für die Demokratie mit dem Leben. Die Ausstellung erzählt die Geschichte dieser jungen Menschen und zeigt so exemplarisch, wie Widerstand gegen Diktaturen funktioniert, aus welchen

Beweggründen sie sich speist und welcher Preis dafür unter Umständen zu zahlen ist.

Da die als Wanderausstellung konzipierte Schau breite Aufmerksamkeit gefunden hat, sind bereits weitere Termine für ihre Präsentation vereinbart. So wird sie im Jahr 2008 unter anderem im Rathaus von Berlin-Mitte und in der Gedenkstätte Bautzen zu sehen sein.

Wie schon in den vorangegangenen Jahren, so beteiligte sich der Landesbeauftragte auch 2007 aktiv an öffentlichen Debatten um themenrelevante Fragestellungen. Dabei stand durchgängig das Ziel im Mittelpunkt, fundiert über das SED-Regime aufzuklären, jeglicher Form von Relativierung ihres diktatorischen Charakters entgegenzuwirken und auf diesem Weg das Engagement für die Demokratie zu stärken. So meldete sich der Landesbeauftragte im Zusammenhang mit den öffentlichen Auftritten ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit kritisch zu Wort und betonte wiederholt die Notwendigkeit der stärkeren Unterstützung von Opfern des SED-Unrechts. Um das Interesse der Medien an diesen und weiteren Themen zu intensivieren, wurden Journalisten regelmäßig mit Informationsmaterialien unterstützt, Hintergrundgespräche geführt und mit Hilfe von zahlreichen Pressemitteilungen (sowie einer Pressekonferenz) aktuelle Debatten befördert. Unterstützung verschiedenster Art wurde darüber hinaus für Fernsehproduktionen, Publikationsvorhaben und Forschungsprojekte gewährt.

6. Kooperationen, Informations- und Fortbildungsveranstaltungen

Gerade in Hinblick auf die bevorstehenden Jahrestage von Friedlicher Revolution und deutscher Einheit hat es der Landesbeauftragte im Berichtszeitraum als besondere Herausforderung empfunden, die unterschiedlichsten Aufarbeitungsinstitutionen und -initiativen stärker als bisher zu vernetzen. So sollen Synergieeffekte erzeugt und Reibungsverluste vermieden werden. Daher erhöhte sich die Zahl der behördeneigenen Kooperationsprojekte wesentlich. So wurde die Veranstaltungsreihe (neben der Robert-Havemann-Gesellschaft als festem Partner) stets in Zusammenarbeit mit weiteren, wechselnden Einrichtungen durchgeführt. Kooperationspartner waren dabei unter anderem die Bundes- sowie die Landeszentrale für politische Bildung(sarbeit), die Stiftung Stadtmuseum, die Gedenkstätte Berliner Mauer und die

Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen. Um die öffentliche Wahrnehmung der Arbeit des Landesbeauftragten ebenso zu stärken wie die allgemeine Aufmerksamkeit für die relevanten Themen, wurden auch Leitmedien der Stadt in die Kooperationen einbezogen, so etwa der Tagesspiegel und die Berliner Morgenpost, die im zeitlichen Umfeld der Veranstaltungen umfassend über die behandelten Fragen berichteten.

Wichtiges Koordinationsgremium für die Aufarbeitung der zweiten Diktatur in Deutschland bleibt auch weiterhin der Arbeitskreis II der Berliner Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen, der gemeinsam vom Landesbeauftragten und der Senatskanzlei fortgeführt wurde. Er hat sich als Forum für den Austausch über geplante Aktivitäten, aktuelle geschichtspolitische Debatten und zur Anbahnung von Kooperationen bewährt. Themen waren z.B. die regelmäßige Information und das Aufgreifen von Anregungen zur Umsetzung des „Gesamtkonzepts Berliner Mauer“, die Diskussion des Entwurfs des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zur Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption, die gemeinsame Planung des 4. Berlin-Brandenburgischen Forums zur zeitgeschichtlichen Bildung sowie die frühzeitige Abstimmung der für die historischen Jubiläumsjahre 2009/2010 geplanten Aktivitäten. Um die letztgenannten, umfangreichen Aktivitäten besser als bisher aufeinander abstimmen zu können, wurde zudem unter führender Beteiligung des Landesbeauftragten eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich regelmäßig traf (und weiter treffen wird), notwendige Abstimmungen vornahm und Kooperationen anbahnte.

Über eine enge Zusammenarbeit des Arbeitskreises II mit dem Arbeitskreis I, der die Gedenkstätten und Initiativen zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur vereint, wurde darüber hinaus auch im Jahr 2007 eine Abstimmung der Aktivitäten erzielt. Besondere Erwähnung verdient hier das bereits mehrfach angeführte Forum zur zeitgeschichtlichen Bildung Berlin-Brandenburg, das in Kooperation beider Arbeitskreise vorbereitet und durchgeführt wurde.

Bereits zum elften Mal trat der Berliner Landesbeauftragte im Juni 2007 als Mitveranstalter des bundesweiten Kongresses der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur auf. Unter dem Titel „Widerstand gegen den Kommunismus. Teil der europäischen Freiheitsbewegungen“ wurden im sächsischen Görlitz, das 1953 ein Zentrum des Volksauf-

standes gegen die SED-Diktatur gewesen war, im Verlauf von drei Tagen Geschichte und Bedeutung des antikommunistischen Widerstandes diskutiert und analysiert. Neben den inhaltsbezogenen Debatten dienen die jährlich ausgerichteten Kongresse mit den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen der gegenseitigen Information über aktuelle Entwicklungen, neue historische Erkenntnisse und Perspektiven der eigenen Arbeit. So betonte Markus Meckel, MdB und Ratsvorsitzender der Stiftung Aufarbeitung, im Rahmen einer Podiumsdiskussion: „Wir können und müssen deutlich machen, dass dieses zusammengewachsene Europa nicht auf der Grundlage steht, dass der Westen über den Osten gesiegt hat, sondern dass sich Freiheit und Demokratie im Osten Raum verschafft und den Sieg errungen haben.“ Da die Kongresse eine hervorragende Plattform bieten, sich über derartige Befunde auszutauschen, die Aktivitäten aller Beteiligten zu vernetzen und in effektiven Informationsaustausch zu treten, wird sich der Landesbeauftragte auch in den kommenden Jahren in diesem Bereich engagieren. So wird der Kongress des Jahres 2008 in Berlin stattfinden.

Zahlreiche weitere Kooperationsprojekte prägten die Arbeit des Landesbeauftragten im Berichtszeitraum. In Zusammenarbeit mit dem Dokumentationszentrum Berliner Mauer wurde das Projekt „Fotografische Spurensuche“ als Angebot der kreativen Geschichts-Aneignung durch Jugendliche zu verschiedenen Terminen durchgeführt. Es bietet Heranwachsenden die Möglichkeit, sich die Geschichte der Berliner Mauer anhand von konkreten historischen Orten und fotografischen Dokumentationen vor Augen zu führen. Um die Arbeit der Gedenkstätte Berliner Mauer auch in anderer Form zu unterstützen, hat der Landesbeauftragte im Jahr 2007 regelmäßig alle zwei Wochen die dortigen Mauertotenandachten übernommen und auf diese Weise abermals auf die Opfer der SED-Diktatur aufmerksam gemacht.

In der Gedenkstätte Moritzplatz in Magdeburg wurde in Kooperation mit dem Berliner Landesbeauftragten die Fotoausstellung „Straflager und Gulagmuseum Perm-36“ gezeigt, die auf große Resonanz stieß und durch eine Lehrerfortbildung zur Geschichte des Gulag ergänzt wurde. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Auslandsgesellschaft e.V. betreuten Mitarbeiter des Landesbeauftragten im Juni 2007 eine Gruppe von dreißig finnischen Deutschlehrern, die zum überwiegenden Teil bisher kaum Berührungspunkte mit der Geschichte der SED-Diktatur gehabt hatten. Die Besichtigung des ehemaligen Sitzes des Ministeriums für Staatssicherheit gehörte

dabei ebenso zum Programm wie ein Seminar zu Fragen der Politik- und Alltagsgeschichte der DDR.

Wie bereits angeführt, richtete der Berliner Landesbeauftragte auch 2007 regelmäßig Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen für Berater der anderen Landesbeauftragten und der Berliner Aufarbeitungsinitiativen aus. Diese Treffen dienen dem Austausch und der Diskussion besonders komplexer Fälle, womit ein wirkungsvoller Beitrag zur Unterstützung der oftmals schwierigen Beratungstätigkeit geleistet wird.

7. Ausblick

Seit Verabschiedung des Stasi-Unterlagengesetzes im Jahr 1991 haben mehr als 1,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger Anträge auf Einsicht in die über sie vom Ministerium für Staatssicherheit angelegten Unterlagen gestellt. Und das Interesse bleibt ungebrochen hoch: Noch immer ist die Mehrzahl der eingehenden Anträge Erstanträge, d.h., die Betroffenen machen erstmalig von ihrem Recht Gebrauch, Gewissheit über die Frage zu erlangen, ob und welche Informationen das MfS über sie sammelte und wie es diese Informationen unter Umständen nutzte. Zudem gilt die insgesamt als Erfolg zu betrachtende Aufarbeitung der SED-Diktatur in vielen Staaten Ostmitteleuropas mittlerweile als Referenzpunkt für die eigene Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit. Das gilt insbesondere für den Umgang mit den Hinterlassenschaften der illegitimen Geheimdienste.

Doch trotz dieser erfreulichen Bilanz besteht weiterhin Handlungsbedarf. Mehr noch: In jüngster Zeit verdichten sich die Anzeichen, dass frühere Funktionsträger und Apologeten der SED-Diktatur ihre Bemühungen verstärken, die zweite Diktatur des 20. Jahrhunderts in Deutschland zu verharmlosen und so den antitotalitären Konsens der bundesdeutschen Demokratie aufzuweichen. Was vor wenigen Jahren mit vereinzelten Auftritten von MfS-Kadern begann, setzte sich unvermindert fort und hat zweifelsohne zunehmende Tendenz. Führungskader des MfS gerieren sich auf öffentlichen Tagungen als Bewahrer des Weltfriedens und lassen jegliches Unrechtsbewusstsein vermissen, Inoffizielle Mitarbeiter (IM) klagen gegen die Offenlegung ihrer Namen, und immer wieder zeigt sich in zentralen gesellschaftlichen Bereichen – wie etwa den Medien –, dass frühere Mitarbeiter oder Zuträger des Staatssicher-

heitsdienstes einflussreiche Positionen besetzen. Derartigen Erscheinungen muss entschieden entgegengetreten werden.

Um dem zu entsprechen, wird der Berliner Landesbeauftragte auch in den kommenden Jahren seine Tätigkeit im Bereich der politischen Bildung weiter ausbauen. Thematisch wird dabei zunehmend die Friedliche Revolution der Jahre 1989/90 in den Mittelpunkt rücken, um die Erinnerung an die geglückte Überwindung der Diktatur wachzuhalten und so demokratisches Engagement zu stärken. Dies ist umso dringlicher, als die bereits zitierte Studie des Forschungsverbundes SED-Staat zu erschreckenden Ergebnissen kommt. So bezweifeln in Teilen Ost-Berlins mehr als die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler den Diktaturcharakter der DDR und gaben zu Protokoll, dass das politische System des SED-Staates negativ beurteilt würde, um „die Ostdeutschen schlechtzumachen“. Hier besteht weiterhin massiver Bedarf nach zielgruppenorientierter, effektiver und durchaus auch innovativer Aufklärung. Der Landesbeauftragte wird daran in den kommenden Jahren engagiert mitwirken.

Die Verabschiedung des 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes im August 2007 und die damit verbundene Opferrente stellen ohne Zweifel einen wichtigen Fortschritt auf dem Weg zur Anerkennung antitotalitären Engagements dar. Doch wie ausgeführt wurde, sind die rechtlichen Regelungen ebenso wenig zufriedenstellend wie das daraus resultierende Verwaltungshandeln. Die Bearbeitungszeit der Anträge ist gerade wegen des oftmals hohen Lebensalters der Betroffenen zu lang, die Zuständigkeiten mitunter verworren und Probleme bereitet die strikte Handhabung der Frist von mindestens einem halben Jahr Haft als Voraussetzung der Gewährung von Leistungen. Wer nur wenige Tage früher entlassen wurde, der hat keinerlei Anspruch auf eine Opferrente. Dies wiegt umso schwerer, als politische Haft häufig mit anderen Formen der Verfolgung verbunden war, die heute zwar zur verwaltungsrechtlichen Rehabilitation führen können, nicht jedoch einen Anspruch auf die Opferrente begründen. Daher sollte die im Gesetzgebungsvorgang der Opferrente in Aussicht genommene Verbesserung der Regelungen für diese Betroffenenengruppen zügig in Angriff genommen werden. Gleiches gilt auch für die schon in den letzten Jahren ausgesprochene Forderung, die unbefriedigenden gesetzlichen Regelungen hinsichtlich physischer und psychischer Folgeschäden von politischer Haft umfassend zu erweitern.

Kernbereich der Tätigkeit wird weiterhin die Beratung und Betreuung von Bürgerinnen und Bürgern bleiben, sei es bei Problemen mit der Rehabilitierung oder der Opferrente, in Hinblick auf die Möglichkeiten der Einsichtnahme in die MfS-Unterlagen, sich daraus ergebenden Beratungsbedarf oder in anderen relevanten Sachverhalten. Die Nachfrage nach derartigen Angeboten ist ungebrochen hoch und ein Abnehmen derselben in absehbarer Zeit nicht zu erwarten – der Landesbeauftragte wird daher auch zukünftig als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und so aktiv an der weiteren politischen und historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen mitwirken.